

16695/AB
vom 14.02.2024 zu 17213/J (XXVII. GP)
bmi.gv.at

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.012.200

Wien, am 12. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Sabine Schatz, Genossinnen und Genossen haben am 14. Dezember 2023 unter der Nr. **17213/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Extremismusprävention in Bildungseinrichtungen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Welche Schritte wurden konkret seit der Ankündigung der Verstärkung der Extremismusprävention Anfang November 2023 gesetzt? (Mit der Bitte um Aufschlüsselung nach konkreten Maßnahmen bzw. Zwischenergebnissen mit dem jeweiligen Datum und Kosten)*

Mit der Pressekonferenz Anfang November 2023 wurde die öffentlichkeitswirksame Ausrollung der Staatsschutz Prävention durchgeführt. Wie angekündigt, wurde bereits unmittelbar danach mit der Umsetzung von Sensibilisierungsmaßnahmen für die Zielgruppe der Erwachsenen begonnen. Für die Durchführung sind österreichweit aktuell 60 Präventionsbedienstete ausgebildet. Bis Ende November 2023 wurden durch die ausbildeten Präventionsbedienstete insgesamt 99 Präventionsmaßnahmen durchgeführt. Zahlen für Dezember liegen aktuell noch nicht auf.

Die Umsetzung der Extremismusprävention im schulischen Kontext („RE#work“) ist mit Sommersemester 2024 vorgesehen. Mit der Sensibilisierung für die Zielgruppe der Lehrenden beziehungsweise Eltern und Erziehungsberechtigte wurde bereits begonnen.

Im Rahmen der bisher durchgeführten Lehrgänge „Extremismusprävention“ entstand für externe Vortragende ein Gesamtkostenaufwand von € 4.180,-. Für die Anschaffung von Schulungsunterlagen wurden Bestellungen in Gesamthöhe von € 114.450,- inkl MwSt getätigt.

Zur Frage 1a:

- *Welche Expert:innen wurden eingeladen an den Maßnahmen mitzuarbeiten bzw. beauftragt diese auszuarbeiten? (Bitte um konkrete Auflistung und Kosten)*

Für die Ausarbeitung der Programme und Vorträge wurden Fachzirkel gegründet, die aus Polizistinnen und Polizisten bestehen, welche fachliche Expertise aus unterschiedlichen Bereichen mitbringen, wie etwa Rechtswissenschaften, Pädagogik, Medienwissenschaft oder Sozialwissenschaften.

Im schulischen Kontext erfolgte die inhaltliche Konzipierung und Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie dem Österreichischen Zentrum für psychologische Gesundheitsförderung im Schulbereich (ÖZPGS).

Zur Frage 1b:

- *Wie viele Stunden wurden in Ihrem Ressort und den zugeordneten Stellen bisher aufgewendet, um die Ankündigung Ihres Ressorts umzusetzen?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zur Frage 1c:

- *Wie viele Beamt:innen befinden sich in der Ausbildung? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)*
 - i. *Wie werden die Beamt:innen ausgewählt?*

Mit Stand 4. Jänner 2024 wurden österreichweit insgesamt über 70 Präventionsbeamte im Kontext der Extremismusprävention ausgebildet oder stehen für eine Ausbildung heran.

Bundesland	Anzahl der Personen in Ausbildung
Burgenland	6
Kärnten	10
Niederösterreich	12
Oberösterreich	9
Salzburg	7
Steiermark	8
Tirol	6
Vorarlberg	3
Wien	10

Für das Jahr 2024 sind drei weitere Ausbildungslehrgänge vorgesehen.

Das Auswahlverfahren für angehende Präventionsbedienstete besteht aus drei Stufen. Von einer Auflistung interner Abläufe und Auswahlverfahren muss darüber hinaus aus taktischen Gründen und sicherheitspolizeilichen Erwägungen Abstand genommen werden.

Zur Frage 1d:

- *Ist es angedacht seitens Ihres Ressorts auch Sozialarbeiter:innen auszubilden und diese an Schulen einzusetzen?*

Die Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern ist derzeit nicht angedacht. In diesem Kontext darf auf die enge Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung verwiesen werden.

Zur Frage 2:

- *Wann und wie evaluiert Ihr Ressort, wie entsprechende Unterrichtsinhalte in der mehrwöchigen modularen Ausbildung auch entsprechend vermittelt werden?*
 - Von wem wird diese Evaluation durchgeführt?*
 - Wann wird/werden die Evaluation(en) jeweils durchgeführt?*

Eine Evaluierung der bestehenden Projekte ist in einem weiteren Schritt angedacht.

Zur Frage 3:

- *Wird es Seitens des Ministeriums langfristige Verträge mit externen Institutionen/Vereinen geben, die die außerschulische bzw. externe Weiterbildung von Polizeibeamt:innen in oben genanntem Bereich vorantreiben?*

- a. *Wenn ja, wer hat bzw. wird solche Verträge erhalten? (Bitte um Bekanntgabe des Namens der Institution/des Vereins, Höhe und Dauer des Auftragsvolumens, konkreter Auftrag und Bundesland)*

Die österreichweite Aus- und Weiterbildung von Präventionsbediensteten wird zentral durch das Bundesministerium für Inneres, respektive von der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst, geplant und durchgeführt. Demnach werden die Ausbildungsmodule ständig aktualisiert und Weiterbildungsmodule konzipiert.

Aktuell liegt der Fokus auf der österreichweiten Ausbildung von Präventionsbediensteten, um folglich österreichweit eine effektive Umsetzung von Präventionsmaßnahmen zu garantieren. Langfristige Verträge mit externen Institutionen oder Vereinen sind aktuell nicht angedacht.

Zur Frage 4:

- *Wie sehen die Module der Ausbildung konkret aus? (Bitte um detaillierte Angaben)*
 - a. *Wer bzw. welche Institutionen/Vereine o.ä. bilden die Beamt:innen aus?*

Die Grundausbildung für angehende Präventionsbedienstete im Kontext der Extremismusprävention besteht aus zwei bis drei Ausbildungsmodulen (je nach Einsatzgebiet).

Im Zentrum der Ausbildung steht das Wissen über die unterschiedlichen Phänomene, die Pull- und Pushfaktoren und der Radikalisierungsprozess. Weiters liegt der Fokus in der Vernetzung und dem Wissen von externen Vereinen und Institutionen, die in der Zusammenarbeit wesentlich erscheinen.

Grundsätzlich wird die fachliche Expertise von ressortinternen Kolleginnen und Kollegen eingebracht. Darüber hinaus fließen aktuell Fachvorträge unter anderem durch den Verein Neustart, die Beratungsstelle Extremismus, die Bundesstelle für Sektenfragen, das Österreichische Institut für internationale Politik sowie das „zentrum polis“, in die Ausbildung der Präventionsbediensteten ein.

Zur Frage 5:

- *Wie oft wurde das Programm „RE#Work“ bisher bereits in Anspruch genommen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern, Schultypen und Schulstufen)*
 - a. *Wie viele Schüler:innen haben insgesamt an den Workshops teilgenommen?*
 - b. *Wie viele Lehrer:innen haben insgesamt an den Workshops teilgenommen?*

- c. Wie viele Eltern/Erziehungsberechtigte haben an den Workshops teilgenommen?
- d. Wie oft wurde das Programm nach einem konkreten Anlassfall in Anspruch genommen?
- e. Wie oft wurde das Programm präventiv in Anspruch genommen?

Das Programm „RE#work“ wird österreichweit erst ab dem Sommersemester des Schuljahres 2023/2024 angeboten. Bislang richten sich die Präventionsmaßnahmen an die Zielgruppe der Erwachsenen, speziell an die Lehrenden.

Gerhard Karner

